ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Boss, Alfred

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: Tempo des Aufschwungs bleibt gering

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred (1998) : Bundesrepublik Deutschland: Tempo des Aufschwungs bleibt gering, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 22-41

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/1758

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Bundesrepublik Deutschland: Tempo des Aufschwungs bleibt gering

Von **Alfred Boss, Jörg Döpke, Jan Gottschalk, Enno Langfeldt, Joachim Scheide, Rainer Schmidt** und **Hubert Strauß**

Das Tempo des Konjunkturaufschwungs, das im Verlauf des Jahres 1997 deutlich an Fahrt gewonnen hatte, hat sich zuletzt verlangsamt. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im vierten Quartal 1997 gegenüber dem Vorquartal nur noch mit einer laufenden Jahresrate von reichlich 1 vH, im Sommerhalbjahr hatte die entsprechende Rate noch rund 3 vH betragen (Schaubild 1). Dazu trug bei, daß die Exporte, die lange Zeit die treibende Kraft des Aufschwungs waren, deutlich weniger rasch als zuvor expandierten. Ferner wurde der Staatsverbrauch merklich eingeschränkt. Die Bauinvestitionen waren ebenfalls rückläufig.

Nachdem sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Verlauf von 1997 nochmals verschlechtert hatte, entspannte sie sich zu Beginn dieses Jahres; saisonbereinigt ging die Zahl der Arbeitslosen um rund 100 000 Personen zurück. Wenngleich das Ausmaß der Besserung durch Sonderfaktoren überzeichnet wird, dürfte nunmehr die Talsohle auf dem Arbeitsmarkt durchschritten sein.

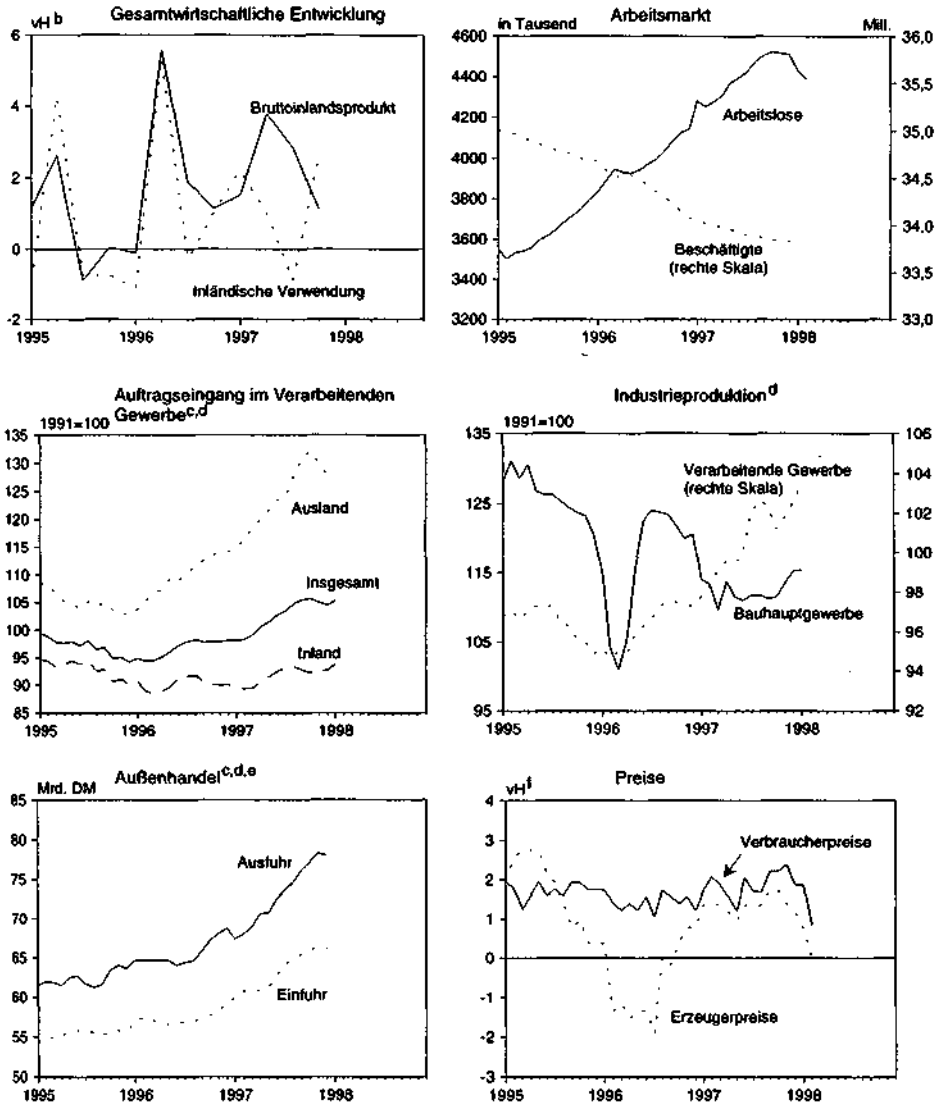
Die Preisentwicklung verlief im vergangenen Jahr in ruhigen Bahnen. Seit dem Sommer hat sich das Anstiegstempo der Verbraucherpreise unter dem Einfluß sinkender Weltmarktpreise für Energie und andere Rohstoffe sowie einer Stabilisierung des Außenwerts der D-Mark deutlich verlangsamt; im Januar war der Preisindex für die Lebenshaltung nur 1,3 vH höher als im Vorjahr.

Unter dem Eindruck der nochmaligen Verschärfung der Finanzmarktturbulenzen in Südostasien zum Jahreswechsel 1997/98 und angesichts des auch in vielen Industrieländern nachlassenden Preisauftriebs sind Befürchtungen geäußert worden, es könne in Deutschland zu einer erneuten Konjunkturabschwächung oder sogar zu einer Deflation kommen. Darunter wird im allgemeinen ein ausgeprägter Rückgang des Preisniveaus verstanden, der bei Konsumenten und Investoren Attentismus und somit eine kumulative Abwärtsbewegung der Wirtschaft auslöst. Für eine solche Entwicklung gibt es in Deutschland keine Anhaltspunkte. Wie Umfragen im Verarbeitenden Gewerbe zeigen, bleiben die Unternehmen bezüglich ihrer Einschätzung der Exporte optimistisch, trotz verschlechterter Absatzaussichten in Südostasien und des zunehmenden Wettbewerbsdrucks von seiten der Anbieter aus dieser Region. Das Konsumklima hat sich zuletzt sogar aufgehellt. Außerdem sind im Zuge der Asienkrise die Kapitalmarktzinsen spürbar gesunken, was ebenfalls stützend wirkt. Insgesamt rechnen wir mit einer Fortsetzung des Aufschwungs, wenngleich in etwas verlangsamtem Tempo.

Geldpolitik unter dem Einfluß von Euro und Asienkrise

Die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion (EWU) beginnt am 1. Januar 1999. Die bevorstehende Einführung des Euro hat die deutsche Geldpolitik gleichwohl bereits im zurückliegenden Winterhalbjahr beeinflußt. So war die Ent-

Schaubild 1 – Indikatoren[a] zur Konjunktur in Deutschland



[a] Saisonbereinigt. - [b] Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in vH. - [c] Real. - [d] Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - [e] Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. - [f] Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

scheidung der Deutschen Bundesbank vom Oktober vergangenen Jahres, den Wertpapierpensionssatz von 3,0 auf 3,3 % zu erhöhen, wohl in erster Linie ein Signal für die internationalen Finanzmärkte, daß nach der Festlegung der Teilnehmerländer und der Umstellungskurse das Konvergenzniveau der kurzfristigen Zinsen oberhalb des bis dahin gültigen Zinsniveaus in Deutschland liegen wird.

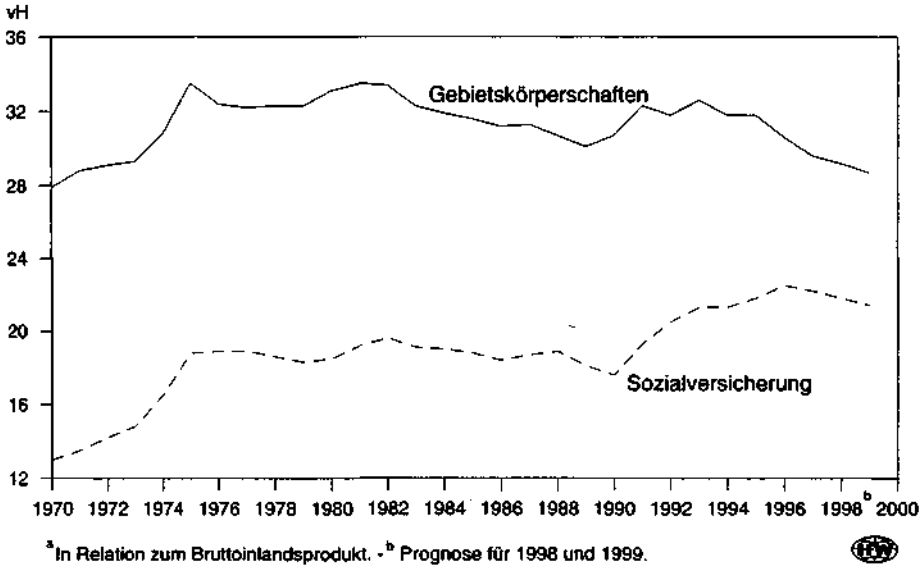
Anders als für den Durchschnitt der Teilnehmerländer an der EWU (vgl. Döpke et al. 1998) deuten die verfügbaren monetären Indikatoren für Deutschland seit Mitte des vergangenen Jahres auf ein Nachlassen der von der Geldpolitik ausgehenden Konjunkturimpulse hin. So hat sich der Geldmengenanstieg spürbar verlangsamt; von Juli bis Januar expandierte die Geldmenge M3 nur noch mit einer laufenden Jahresrate von 2,9 vH nach reichlich 6 vH in der ersten Jahreshälfte, bei der Geldmenge M1 war die Verlangsamung noch ausgeprägter (von rund 7 auf 0,6 vH). Zu der schwachen Geldmengenausweitung trägt maßgeblich bei, daß der Bargeldumlauf seit Mitte des vergangenen Jahres sinkt. Es ist nicht auszuschließen, daß im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einführung des Euro DM-Banknoten aus dem Ausland zurückgegeben werden; vielen Ausländern dürfte nicht bekannt sein, daß die DM-Noten bis zum Jahr 2002 gültig sind. Auch die Abflachung der Zinsstrukturkurve deutet auf eine Straffung der Geldpolitik hin; während die Differenz zwischen der Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere und dem Zinssatz für Dreimonatsgeld im Juni vergangenen Jahres bei 1,9 Prozentpunkten lag, betrug sie Anfang März nur noch 1,3 Prozentpunkte. Die Verringerung der Zinsdifferenz war aber – anders als üblicherweise – vor allem das Ergebnis eines Zinsrückgangs im langfristigen Laufzeitbereich. Im Gefolge der Asienkrise kam es auf dem deutschen Rentenmarkt zu umfangreichen Mittelzuflüssen aus dem Ausland, und die Umlaufsrendite hat mit 4,7 % im Februar ein historisch tiefes Niveau erreicht. Selbst bereinigt um den derzeit geringen Preisanstieg sind die kurzfristigen und die langfristigen Zinsen in Deutschland niedrig. Insgesamt überzeichnet nach unserer Einschätzung derzeit sowohl die Entwicklung der Geldmenge als auch die der Zinsstruktur das Ausmaß der geldpolitischen Kurskorrektur.

Die von der Krise in Südostasien ausgehenden preis- und konjunkturdämpfenden Effekte in den Ländern der Europäischen Währungsunion lassen erwarten, daß die europäischen Notenbanken, und damit auch die Bundesbank, die Zinsen im weiteren Verlauf dieses Jahres niedrig halten. Für das kommende Jahr, wenn der geldpolitische Kurs von der Europäischen Zentralbank bestimmt wird, rechnen wir mit nur schwach steigenden Zinsen (Döpke et al. 1998). Trotz einer fortgesetzten konjunkturellen Belebung zeichnen sich für Euroland insgesamt noch keine zyklischen Verspannungen ab. So ist angesichts weiterhin hoher Arbeitslosigkeit nur mit einer leichten Verstärkung der Lohnzuwächse zu rechnen. Einen Anstieg der langfristigen Zinsen um rund einen halben Prozentpunkt erwarten wir in diesem Jahr deshalb, weil mit der Beruhigung der Turbulenzen auf den Finanzmärkten der deutsche Kapitalmarkt als „sicherer Hafen" für die Anleger wieder an Bedeutung verliert.

Finanzpolitik: Moderate Ausgabenexpansion bei hoher Abgabenbelastung

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften sind im Jahr 1997 infolge zahlreicher Einsparmaßnahmen nicht höher gewesen als im Jahr zuvor. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt waren sie – nach dem sprungartigen Anstieg in den frühen neunziger Jahren – niedriger als Ende der achtziger Jahre (Schaubild 2). Im laufenden

Schaubild 2 – Ausgaben der Gebietskörperschaften und Ausgaben der Sozialversicherung[a]



[a] In Relation zum Bruttoinlandsprodukt. - [b] Prognose für 1998 und 1999.

Jahr werden die Ausgaben wieder zunehmen; angesichts der gesunkenen Budgetdefizite dürften die Einsparbemühungen etwas nachlassen. Die Personal- und Sachaufwendungen werden wieder steigen; die Investitionstätigkeit dürfte sich – auf niedrigem Niveau – stabilisieren. Der Bund wird einen wesentlich erhöhten Zuschuß an die Gesetzliche Rentenversicherung zahlen, damit diese ihre Reserven – wie gesetzlich vorgeschrieben – aufstocken kann, ohne den Beitragssatz anzuheben. Die gesamten Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden werden im Jahr 1998 wohl um 2,7 vH höher sein als im Jahr 1997. Im kommenden Jahr wird sich das Tempo der Expansion der Ausgaben nicht nennenswert ändern; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürften sich die Ausgaben dann auf 28,7 vH belaufen.

Die steuerpolitischen Maßnahmen werden die konjunkturelle Entwicklung wenig beeinflussen. Zwar ist die Gewerbekapitalsteuer zum Jahresbeginn 1998 abgeschafft worden; dafür wird aber die Bemessungsgrundlage der Einkommen- und Körperschaftsteuer verbreitert, so daß das Steueraufkommen per saldo sogar etwas zunehmen dürfte. Die Senkung des Solidaritätszuschlags und die Anhebung des Existenzminimums bei der Einkommensbesteuerung um 270 auf 12 365 DM (je Jahr) führen zwar dazu, daß die Steuereinnahmen im Jahr 1998 um 9 Mrd. DM geringer ausfallen als sonst; der Regelsatz der Mehrwertsteuer wird aber zum 1. April 1998 auf 16 vH angehoben mit der Folge, daß das Aufkommen in diesem Jahr um rund 9 Mrd. DM höher ausfällt als bei unverändertem Steuersatz. Für das kommende Jahr sind infolge der Mehrwertsteuererhöhung (wegen der Wirkungen im gesamten Jahr) zusätzliche Einnahmen in Höhe von

6 Mrd. DM zu erwarten, die Anhebung des Existenzminimums um 702 DM zum 1. Januar 1999 wird aber die privaten Haushalte um rund 4 Mrd. DM entlasten. Die Steuerbelastung insgesamt wird in den Jahren 1998 und 1999 praktisch unverändert bleiben.

Die Einschnitte in die Ausgaben der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenversicherung, haben dazu geführt, daß diese Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1997 gesunken sind, nachdem sie jahrelang mit ungebrochener Dynamik zugenommen hatten. Im laufenden Jahr wird der Ausgabenanstieg mit rund 2,5 vH ähnlich groß wie im Jahr 1997, im Jahr 1999 wohl etwas stärker sein. Bei dieser Entwicklung wird die Belastung der Bruttolöhne durch die Sozialversicherungsbeiträge im Jahr 1998 erstmals seit 1990 nicht steigen (1997: 42,1 vH des Bruttoarbeitsentgelts); im kommenden Jahr wird der Beitragssatz in der Sozialversicherung bei verbesserter Arbeitsmarktlage und verstärktem Einkommensanstieg wohl etwas abnehmen.

Insgesamt wird die Finanzpolitik in den Jahren 1998 und 1999 in etwa neutral wirken, das strukturelle Budgetdefizit dürfte lediglich geringfügig sinken. Zu einer Stärkung der Leistungs- und der Investitionsanreize und somit zu einer Beschleunigung des Wachstums des Produktionspotentials wird die Finanzpolitik nur wenig beitragen. Zwar werden die Ausgaben des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt weiter abnehmen (1997: 48,8 vH), aber die Steuer- und die Sozialabgabenbelastung bleiben hoch.

Leicht verstärkter Lohnanstieg

Die Zunahme der tariflichen Stundenlöhne in den alten Bundesländern ist 1997 mit 1,2 vH deutlich niedriger ausgefallen als im Jahr zuvor (2,3 vH). In den neuen Bundesländern hat sich das Tempo der Lohnzuwächse ebenfalls spürbar verlangsamt; mit 2,7 vH war die Erhöhung gleichwohl erneut stärker als im Westen. Das Niveau der tariflichen Grundvergütungen in Ostdeutschland betrug Ende 1997 rund 90 vH des westdeutschen Niveaus (WSI 1998); berücksichtigt man zusätzlich die niedrigeren tarifvertraglich vereinbarten Sonderzahlungen und die längere Arbeitszeit, so bleibt das Niveau der tariflichen Stundenlöhne um weitere 10 vH hinter dem in den alten Bundesländern zurück. Verglichen mit der Arbeitsproduktivität ist das Lohnniveau freilich noch um rund ein Viertel höher als im Westen.

Für dieses wie auch für das kommende Jahr erwarten wir moderate Tariflohnsteigerungen. Angesichts der leicht sinkenden Arbeitslosigkeit und der weiter zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Produktion wird die Anhebung der tariflichen Stundenlöhne mit 2,0 vH (1998) bzw. 2,6 vH (1999) etwas höher sein als im zurückliegenden Jahr. Bei diesen Lohnsteigerungen nehmen die Nettorealeinkommen 1998 – anders als im vergangenen Jahr – leicht zu. Dazu trägt bei, daß die Teuerung trotz der Mehrwertsteuererhöhung niedriger ausfällt. Außerdem ist erstmals seit der deutschen Vereinigung nicht mit einer Anhebung der Beitragssätze in der Sozialversicherung zu rechnen.

Bei dem anhaltenden konjunkturellen Aufschwung und moderaten Tariflohnsteigerungen dürfte für die Unternehmen das Schaffen neuer Arbeitsplätze zuneh-

mend attraktiv werden. Die Lohnstückkosten werden 1998 nochmals zurückgehen; für 1999 ist mit einer nur geringen Zunahme zu rechnen.

Exportboom flacht sich ab

Die Ausfuhren stiegen im Durchschnitt des Jahres 1997 mit knapp 11 vH, der höchsten Rate seit der deutschen Vereinigung. Nach einer kräftigen Zunahme während der ersten drei Quartale schwächte sich das Expansionstempo im letzten Vierteljahr ab.

Zu Beginn dieses Jahres hat sich die Wirtschaftskrise in Südostasien nochmals verschärft. Damit haben sich die Aussichten für die Exporte in diese Region erneut verschlechtert. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird 1998 nach Jahren kräftigen Wachstums in den am stärksten betroffenen Ländern Südostasiens schrumpfen, in den übrigen Staaten deutlich verlangsamt zunehmen (Gern et al. 1998). Die deutschen Ausfuhren werden wegen ihres hohen Investitionsgüteranteils stark vom Nachfragerückgang in diesen Ländern berührt, da Investitionsgüter konjunkturreagibler sind als Konsumgüter. Auch haben die Währungen der Länder Südkorea, Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen empfindlich an Wert verloren. Der nominale Außenwert dieser Valuten gegenüber der D-Mark lag zu Beginn dieses Jahres um die Hälfte niedriger als ein Jahr zuvor. Wir erwarten, daß sich der Rückgang der Ausfuhren in die südostasiatische Region 1998 in einer um 1 bis 1,5 vH niedrigeren Zuwachsrate der gesamten Exporte niederschlägt. Dies ist angesichts der geringen Bedeutung dieser Länder für den deutschen Außenhandel ein beträchtlicher Effekt.[1]

In den wichtigsten Handelspartnerländern der Bundesrepublik sind die Perspektiven dagegen nach wie vor gut. In einigen EU-Ländern (Döpke et al. 1998) sowie in Mittel- und Osteuropa wird sich der Aufschwung im Vergleich zu 1997 beschleunigen, eine ruhigere Gangart schlägt die wirtschaftliche Aktivität im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten ein (Gern et al. 1998). Die mit den deutschen Außenhandelsanteilen gewichtete Industrieproduktion im Ausland wird im Verlauf der kommenden beiden Jahre nur leicht verlangsamt steigen. Darüber hinaus bleibt auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter hoch, anders als in den beiden Vorjahren wird sie sich jedoch nicht mehr verbessern. Der reale Außenwert der D-Mark dürfte nach seinem ausgeprägten Rückgang im Jahr 1997 in etwa auf dem zuletzt erreichten Niveau verharren. Die Zunahme der Ausfuhren wird sich zunächst weiter abschwächen, ab der zweiten Jahreshälfte dürfte sie jedoch wieder leicht an Tempo gewinnen. Für das Jahr 1998 erwarten wir im Vorjahresvergleich eine Steigerung von reichlich 7 vH, für 1999 eine um knapp 5,5 vH.

Die Einfuhren haben 1997 ihr Vorjahresniveau um 7 vH übertroffen. Im Prognosezeitraum wird die verlangsamte Expansion der Ausfuhren auch die Importentwicklung dämpfen. Stützend wirkt dagegen die regere Inlandsnachfrage. Der

[1] Von den deutschen Ausfuhren gingen 1996: 7,2 vH in die sogenannten dynamischen Volkswirtschaften Südostasiens, davon knapp die Hälfte in die von der Krise am stärksten betroffenen Länder Südkorea, Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen.

„Asien-Effekt" dürfte für die Einfuhr nur geringe Auswirkungen haben. So hatten in der Vergangenheit die asiatischen Krisenländer nur ein geringes Gewicht an den deutschen Importen.[2] Daher würde selbst eine substantielle Steigerung der Bezüge aus diesen Ländern die deutsche Gesamteinfuhr nur geringfügig erhöhen. Kurzfristig erwarten wir wegen der mangelnden Flexibilität der Produktion in der Region ohnehin keine rasche Ausweitung der Lieferungen. Mittelfristig wird sich die reale Abwertung der südostasiatischen Währungen merklich zurückbilden. So steigen dort nunmehr die Inflationsraten kräftig. Auch ist es bei den nominalen Wechselkursen bereits zu ersten Korrekturen gekommen, die sich mit der Reform des Finanzsektors und der Rückkehr ausländischer Investoren fortsetzten werden.[3] Darüber hinaus ist zu erwarten, daß die asiatischen Exporteure anstelle einer reinen Mengenausdehnung auch ihre Gewinnspannen erhöhen werden. Insgesamt dürften die Importe im Jahresdurchschnitt 1998 um knapp 6 vH und 1999 um reichlich 5 vH expandieren.

Die Einfuhrpreise sind im vergangenen Jahr um 3,2 vH und damit deutlich rascher als im Jahr zuvor gestiegen. Dazu beigetragen hat vor allem die Abwertung der D-Mark in der ersten Jahreshälfte 1997. Im zweiten Halbjahr haben sich die Importe kaum noch verteuert. So kam es im Herbst zu einer deutlichen Entspannung auf den Rohstoffmärkten. Die Preise für Erdöl und andere Rohstoffe werden erst wieder nach der Jahresmitte 1998 anziehen. Zudem rechnen wir für dieses Jahr mit preisdämpfenden Wirkungen durch verbilligte Einfuhren aus Asien. Der Importpreisindex wird ausgehend von seinem zuletzt tiefen Niveau in diesem Jahr nur schwach, im nächsten Jahr etwas schneller steigen. Im Jahresdurchschnitt 1998 werden die Einfuhrpreise stagnieren und sich 1999 um reichlich 1 vH erhöhen.

Der Anstieg der Exportpreise wird sich im Prognosezeitraum bei fortgesetztem Aufschwung in den westlichen Industrieländern leicht verstärken. In diesem Jahr werden allerdings die Probleme im Asiengeschäft vielen Exporteuren Preiserhöhungen nicht ermöglichen. Insgesamt dürften sich 1998 die Ausfuhren um knapp 1,5 vH und 1999 um reichlich 2 vH verteuern, nach 1,1 vH im vergangenen Jahr. Erstmals seit 1995 verbessern sich die Terms of trade.

Deutliche Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im Verlauf des Jahres 1997 um reichlich 5 vH gestiegen. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe erreichte in den alten Bundesländern den höchsten Stand seit Ende 1991. Dies und moderate Lohnerhöhungen ließen auch in der Gesamtwirtschaft die Lohn-

[2] Im Jahr 1996 stammten 3,7 vH der Importe aus Südkorea und den ASEAN-Ländern. Dabei stellten die Investitionsgütergruppen Büromaschinen, Nachrichtentechnik und andere elektrische Maschinen knapp die Hälfte und die Konsumgütergruppen Bekleidung und Schuhe weitere 15 vH der Einfuhren.

[3] So stieg der gewichtete nominale Außenwert der Währungen der fünf oben genannten Länder seit seinem Rekordtief im Januar bereits wieder um reichlich 20 vH (Stand vom 4. März 1998).

stückkosten deutlich sinken, und die Gewinne stiegen beschleunigt. Die Sachkapitalrendite lag deutlich über der Verzinsung von Finanzmarktanlagen.

Die Bedingungen für eine Fortsetzung des Aufschwungs sind günstig. Zwar wird die Nachfrage aus dem Ausland nicht mehr so rasch expandieren wie zuvor, dafür belebt sich jedoch jene aus dem Inland. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe verharrt auf hohem Niveau, und es dürften vermehrt Erweiterungsinvestitionen getätigt werden. Die Gewinne werden im Prognosezeitraum erneut deutlich zunehmen. Die Zinsen bleiben trotz des von uns erwarteten leichten Anstiegs insgesamt niedrig. Die Sachkapitalrendite wird in diesem und im nächsten Jahr die Rendite von Alternativanlagen am Finanzmarkt merklich übertreffen, womit erfahrungsgemäß ein spürbarer Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen verbunden ist.

Alles in allem rechnen wir für 1998 mit einem Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um 6,5 vH und für 1999 um etwa 5 vH. Durch die anhaltend lebhafte Nachfrage nach Investitionsgütern werden deren Preise leicht verstärkt steigen.

Stabilisierung der Bauinvestitionen auf niedrigem Niveau

Im letzten Jahr hat sich der Rückgang der Bautätigkeit fortgesetzt. Im Jahresdurchschnitt fielen die Bauinvestitionen um reichlich 2 vH unter das Niveau im Vorjahr, im Verlauf gingen sie sogar um rund 4 vH zurück. Während in Ostdeutschland mit einem weiteren Schrumpfen der Bautätigkeit gerechnet werden muß, erwarten wir für die alten Bundesländer eine leichte Belebung.

Der Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen in Westdeutschland, der 1995 begonnen hatte, hielt im vergangenen Jahr an. Der vorausgegangene, fast ein Jahrzehnt dauernde Bauboom hat gemessen an den Bestimmungsgründen der Wohnungsbauinvestitionen (Döpke 1996: 303 ff.) zu einem hohen Bestand an Wohnraum geführt, was die Bautätigkeit noch tendenziell dämpft. Dies gilt insbesondere für den frei finanzierten Geschoßwohnungsbau; hier haben auch Angebotsüberhänge die Rendite spürbar vermindert. In diesem Sektor wird die Aktivität im Prognosezeitraum gedrückt bleiben. Steigende Realeinkommen der Haushalte, niedrige Zinsen und stabile Baukosten werden dagegen im Eigenheimbau sowie bei Modernisierungs- und Renovierungsmaßnahmen zur Belebung beitragen. Diese beiden Bereiche machen zusammen 80 vH des Bauvolumens aus (Bartholmai 1997). Insgesamt werden die westdeutschen Wohnungsbauinvestitionen 1998 um rund 1,5 vH zunehmen, 1999 wird sich der Anstieg sogar noch leicht auf etwa 2,5 vH verstärken.

Die ostdeutschen Wohnungsbauinvestitionen sind im vergangenen Jahr erstmals seit der Vereinigung zurückgegangen. Die Wohnbautätigkeit lag pro Kopf gerechnet gleichwohl weiterhin spürbar über der in den alten Bundesländern. Der Bestand an Wohnraum pro Kopf fällt in den neuen Bundesländern auch relativ zum Einkommen noch deutlich niedriger aus als in den alten Ländern. Dies stützt die Bautätigkeit. Dämpfend wirkt hingegen, daß die Förderung des ostdeutschen Wohnungsbaus zu Beginn des Jahres 1997 stark eingeschränkt worden ist. Davon war vor allem der Geschoßwohnungsbau betroffen, der den Wohnungsbauboom getragen hatte. Alles in allem erwarten wir, daß die ostdeutschen

Wohnungsbauinvestitionen in diesem und im kommenden Jahr um jeweils rund 3 vH zurückgehen werden.

Die gewerblichen Bauinvestitionen in den alten Ländern sind auch 1997 kräftig gesunken. Erfahrungsgemäß gewinnen sie erst an Schwung, wenn die Konjunktur längere Zeit aufwärtsgerichtet war. Die bereits seit Anfang 1997 deutlich zunehmenden Ausrüstungsinvestitionen und die inzwischen hohe Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe führen zu einem steigenden Bedarf an bauintensiven Erweiterungsinvestitionen. Dies sowie anhaltend niedrige Zinsen und eine hohe Sachkapitalrendite werden 1998 und 1999 zu einer Erholung des Wirtschaftsbaus führen.

In den neuen Bundesländern hingegen wird sich lediglich der Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen verlangsamen. Im Wiedervereinigungsboom ist zum Teil ein erhebliches Überangebot an Wirtschaftsbauten entstanden, vor allem bei Bürogebäuden und Einzelhandelsflächen. Relativ zur Zahl der Einwohner sind die Wirtschaftsbauinvestitionen in den neuen Ländern mittlerweile doppelt so hoch wie die in den alten Ländern. Da der Bestand an gewerblichen Bauten pro Kopf der Bevölkerung sich bereits weitgehend dem in den alten Bundesländern angenähert hat, erwarten wir, daß sich nunmehr auch die Bautätigkeit an das Niveau in Westdeutschland anpassen wird. Dieser Prozeß wird auf absehbare Zeit die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen überlagern.

Die staatlichen Bauinvestitionen sind 1997 erneut gesunken. Mit der sich verbessernden Finanzlage der Städte und Gemeinden wird die Investitionsneigung aber wieder zunehmen. Allerdings zeigt die Erfahrung, daß die Investitionen erst mit einer Verzögerung auf eine Entspannung der Finanzlage reagieren. Nach einem nochmaligen leichten Rückgang in diesem Jahr erwarten wir für 1999 eine Zunahme der staatlichen Bauinvestitionen.

Die Baupreise werden im weiteren Verlauf dieses Jahres und auch 1999 wieder steigen. Aufgrund der anhaltend hohen Überkapazitäten im Bauhauptgewerbe sowie der Konkurrenz durch ausländische Anbieter und die Schattenwirtschaft werden die Preisanhebungen aber sehr moderat bleiben.

Schwächephase beim privaten Verbrauch wird überwunden

Im Vorjahr ist der private Verbrauch aufgrund niedrigerer Lohnsteigerungen, einer sinkenden Zahl von Beschäftigten und dämpfenden Wirkungen von seiten der Finanzpolitik nur um 0,2 vH ausgeweitet worden. Im Jahr 1998 wird er die gesamtwirtschaftliche Expansion stützen. Dazu trägt bei, daß die Tariflohnerhöhung um etwa einen halben Prozentpunkt stärker ausfallen wird als 1997. Hinzu kommt, daß die Zahl der Beschäftigten im Verlauf nicht mehr sinkt, sondern sogar geringfügig steigt. Für das Jahr insgesamt ergibt sich nur noch ein leichter Rückgang um 0,3 vH, verglichen mit einer Verringerung um 1,6 vH im Jahr 1997. Zudem wird es anders als im zurückliegenden Jahr nicht zu einer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge kommen. Steuerrechtsänderungen werden die privaten Haushalte insgesamt nicht belasten. Zwar wird der Mehrwertsteuersatz zum 1. April 1998 um einen Prozentpunkt angehoben, zuvor wurden zu Beginn des Jahres jedoch der Solidaritätszuschlag reduziert und das

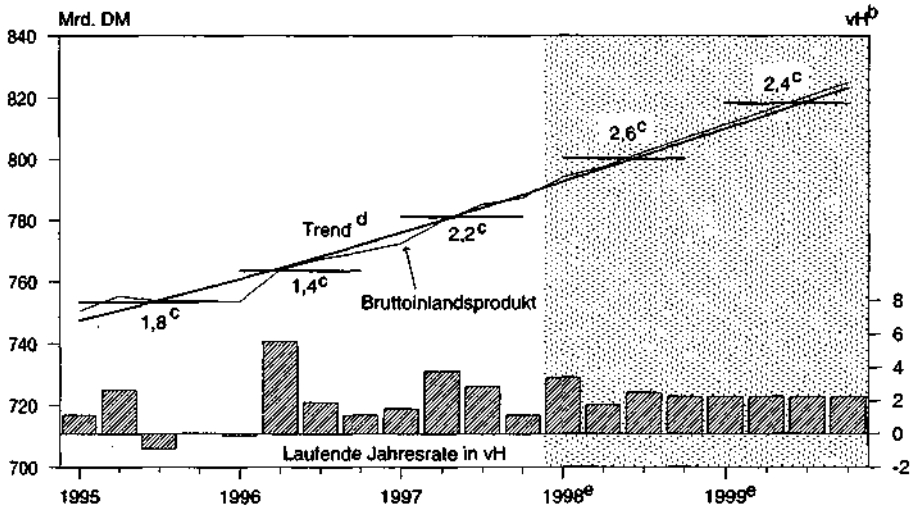
steuerfreie Existenzminimum erhöht. Die Gewinnentnahmen und die Vermögenseinkommen werden abermals kräftig ausgeweitet werden. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen mit rund 3,5 vH deutlich rascher expandieren als im vergangenen Jahr. Bei weitgehend unveränderter Teuerungsrate und stabiler Sparquote ergibt sich für 1998 ein Zuwachs des realen privaten Verbrauchs um etwa 2 vH. Nach den Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß die Haushalte wegen der Verbrauchsteuererhöhung Käufe in das erste Quartal vorziehen, entsprechend ist für das nachfolgende Quartal eine schwächere Ausweitung des Konsums zu erwarten.

Für das Jahr 1999 ist angesichts einer verstärkt steigenden Zahl der Beschäftigten und nochmals etwas höherer Tariflohnanhebungen mit leicht beschleunigt zunehmenden Einkommen der privaten Haushalte zu rechnen. Dem steht jedoch gegenüber, daß auch der Anstieg der Lebenshaltungskosten etwas höher ausfällt. Per saldo dürfte die Kaufkraft der Haushalte und damit auch der private Verbrauch nur in wenig rascherem Tempo expandieren als in diesem Jahr.

Ausblick: Aufschwung setzt sich fort

Alles in allem bleiben die konjunkturellen Rahmenbedingungen günstig. Niedrige Zinsen, moderate Lohnsteigerungen und der anhaltende Aufschwung im übrigen Europa regen die Konjunktur an. Verglichen mit der Entwicklung im Verlauf des vergangenen Jahres, als von der Aufstockung der Lagerbestände und der schubartigen Ausweitung der Exporte starke Impulse auf die gesamtwirt-

Schaubild 3 – Reales Bruttoinlandsprodukt[a] in Deutschland



[a] Saison- und arbeitstäglich bereinigt. - [b] Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. - [c] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. - [d] Berechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. - [e] Prognose.

Tabelle 1 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1997–1999

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	1997	1998[a]	1999[a]	1997	1998[a]	1999[a]	1997	1998[a]	1999[a]
Bruttoinlandsprodukt[b]	2,3	2,6	2,4	1,5	1,8	2,2	2,2	2,6	2,4
Erwerbstätige[c]	–1,0	0,1	0,2	–3,3	–1,8	0,5	–1,4	–0,3	0,3
Beschäftigte Arbeitnehmer[c]	–1,1	0,1	0,3	–3,6	–2,0	0,6	–1,6	–0,3	0,3
Arbeitslose (1000)	3024	2953	2861	1368	1438	1309	4392	4391	4170
Arbeitslosenquote[d]	9,8	9,6	9,3	18,4	19,5	18,0	11,5	11,5	10,9
Finanzierungssaldo des Staates[e] (Mrd. DM)	.	.	.	.	.	.	–102	–79	–70
In vH des Bruttoinlandsprodukts	.	.	.	.	.	.	–2,7	–2,1	–1,8
Öffentliche Schulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt[e]	.	.	.	.	.	.	61,3	61,2	60,5
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	.	.	.	.	.	.	–10	10	25
Verbraucherpreise[f]	1,7	1,6	2,1	2,7	1,9	2,2	1,8	1,6	2,1

[a] Prognose. – [b] In konstanten Preisen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – [c] Im Inland, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – [d] Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen im Inland. – [e] Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. – [f] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1998a), eigene Schätzungen.

schaftliche Produktion ausgingen, dürfte die Konjunktur nunmehr in ein ruhigeres Fahrwasser einschwenken. Nach unserer Einschätzung wird das reale Bruttoinlandsprodukt bis Ende 1999 in ähnlichem Tempo zunehmen wie das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential (Schaubild 3). Dabei wird die Binnennachfrage mehr und mehr zu einer Stütze der Aufwärtsentwicklung. Dazu trägt vor allem bei, daß der private Verbrauch im Prognosezeitraum deutlich rascher als 1997 expandieren wird. Insgesamt wird 1998 das reale Bruttoinlandsprodukt sein Niveau im Vorjahr um 2,6 vH übertreffen, für 1999 ist mit einem Zuwachs von 2,4 vH zu rechnen (Tabelle 1). Verglichen mit früheren Aufschwungsphasen wird die Wachstumsdynamik gering bleiben.

Erstmals seit der deutschen Vereinigung ist im Jahr 1997 das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner in Ostdeutschland nicht mehr rascher gestiegen als im Westen (Tabelle 2). Zu den gegenwärtigen Problemen in Ostdeutschland trägt bei, daß die Bauwirtschaft einen schmerzlichen Anpassungsprozeß durchmacht. Nachdem die größten Engpässe im Bereich der Infrastruktur beseitigt und infolge der massiven staatlichen Förderung bei Büro- und Wohnraum Überkapazitäten entstanden sind, ist die Bautätigkeit nunmehr rückläufig.

Tabelle 2 – Indikatoren für den wirtschaftlichen Aufholprozeß in Ostdeutschland 1991–1999 (Westdeutschland = 100)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998[a]	1999[a]
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner	31	40	48	52	55	56	56	56	57
Ausrüstungsinvestitionen in jeweiligen Preisen je Einwohner	64	77	100	112					
Bauinvestitionen in jeweiligen Preisen je Einwohner									
Insgesamt	67	99	124	154	176	179	177	171	164
Wohnungsbau	44	63	82	112	133	144	145	141	132
Gewerblicher Bau	89	145	193	230	237	226	218	207	196
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten	47	61	68	70	72	73	74	75	75
Arbeitsproduktivität[b]	29	42	51	54	56	58	59	59	59
Lohnstückkosten[c]	160	145	133	130	128	128	127	126	126

[a] Prognose. – [b] Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je abhängig Beschäftigten. – [c] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inland) je Einheit des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1998a), eigene Schätzungen.

Auch im Bereich der Dienstleistungen ist die Dynamik deutlich geringer geworden, nachdem die Einkommen nicht mehr schneller zunehmen als im Westen. Die eigentliche Ursache für das Stocken des Aufholprozesses in Ostdeutschland ist jedoch das rasche Tempo der Annäherung der Löhne an das Niveau im Westen, die sich losgelöst von der Produktivitätsentwicklung vollzog. In der Folge sind die Lohnstückkosten in Ostdeutschland noch immer um rund ein Viertel höher als in Westdeutschland. Um die Produktivität an das gegebene Lohnniveau anzupassen, haben die Unternehmen die Zahl der Arbeitsplätze deutlich verringert. So wurde 1997 im Verarbeitenden Gewerbe die Zahl der Beschäftigten trotz des starken Produktionszuwachses (9,1 vH) nochmals deutlich reduziert. Seit dem Herbst des vergangenen Jahres scheint sich der Personalbestand in der Industrie indes zu stabilisieren; dies deutet darauf hin, daß die Unternehmen in diesem Bereich ihre Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern konnten.

Ruhiges Preisklima

Das Preisklima blieb im Winterhalbjahr 1997/98 ausgesprochen entspannt. Dazu trugen sinkende Notierungen für Energie und Rohstoffe an den Weltmärkten

ebenso bei wie die Stabilisierung des Außenwerts der D-Mark und rückläufige Lohnstückkosten im Inland. In der Folge blieben die industriellen Erzeugerpreise weitgehend konstant, und die Konsumentenpreise stiegen nur wenig; im Januar erreichte die jährliche Teuerungsrate mit 1,3 vH ihren niedrigsten Wert seit April 1988. Der durch die Effekte der Asienkrise zusätzlich verstärkte weltweite Wettbewerbsdruck wird bei den handelbaren Gütern den Auftrieb auch weiterhin in engen Grenzen halten, zumal nicht mit einer erneuten Schwächephase der D-Mark zu rechnen ist. Auch von der Kostenseite her bleiben die Bedingungen für die Preisentwicklung günstig. Dagegen erhöht die Anhebung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt zum 1. April dieses Jahres den Preisindex für die Lebenshaltung um rund ein halbes Prozent. Mit der von uns erwarteten Belebung der privaten Verbrauchsnachfrage eröffnen sich zudem – wenn auch nur in begrenztem Maße – Preiserhöhungsspielräume für die Unternehmen.

Im kommenden Jahr wird sich mit der fortgesetzten Nachfragebelebung der Preisanstieg leicht verstärken. Mit dem Nachlassen der dämpfenden Wirkungen der Asienkrise ist dann mit einer Zunahme der Weltmarktnotierungen für Rohstoffe und Energie zu rechnen. Von der Entwicklung der Lohnkosten her wird im kommenden Jahr – anders als 1998 und 1997 – zwar kein entlastender Effekt mehr ausgehen, andererseits ist trotz etwas rascher steigender Tariflöhne nur mit einer geringen Zunahme der Lohnstückkosten zu rechnen. Insgesamt werden die Verbraucherpreise 1999 ihr Vorjahresniveau um etwas mehr als 2 vH übertreffen.

Sinkendes Arbeitskräfteangebot entlastet Arbeitsmarkt

Während in Westdeutschland die Talsohle bei der Beschäftigungsentwicklung offenbar erreicht worden ist, dürfte der Beschäftigungsrückgang in Ostdeutschland nicht vor Ende dieses Jahres zum Stillstand kommen. So ist in diesem Jahr in Deutschland noch mit einer leichten Zunahme der gesamten Arbeitslosigkeit zu rechnen. Erst im Jahr 1999 wird die Zahl der Erwerbslosen deutlich zurückgehen. Dies ist jedoch nicht vorrangig auf einen Zuwachs der Zahl der Arbeitnehmer zurückzuführen. Vielmehr wird das Angebot an abhängigen Arbeitskräften, das bis 1997 noch gestiegen war, im kommenden Jahr erstmals stark rückläufig sein. So wird die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland merklich zurückgehen, gleichzeitig nimmt die Abwanderung zu.[4] Hinzu kommt die Verringerung des Arbeitsangebots von der demographischen Seite sowie, vor allem in Ostdeutschland, durch einen längeren Verbleib im Bildungssystem. Nach unserer Einschätzung wird 1999 die Abnahme des Arbeitskräftepotentials mit rund 170 000 Personen die Vergrößerung der Zahl der Beschäftigten (knapp 100 000 Personen) weit übertreffen. Die gesamte Arbeitslosigkeit, die neben der regi-

[4] Am stärksten schlägt hier die Verringerung des Zustroms von deutschstämmigen Aussiedlern aus den GUS-Staaten und von Asylbewerbern, die Rückkehr von bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen (bislang ca. 100 000 Personen) sowie die sinkende Zahl nachziehender Familienangehöriger von in Deutschland lebenden Ausländern aus Nicht-EU-Staaten zu Buche. Hinzu kommt, daß – in Abänderung der seit 1991 geübten Praxis — nach dem 15. Mai 1997 eingereiste Asylbewerber keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten können.

strierten Arbeitslosigkeit auch einen Schätzwert für die stille Reserve[5] mit einschließt, wird daher um gut 260 000 Personen niedriger sein als 1998. Der Bestand an gemeldeten Arbeitslosen wird 1999 um mehr als 220 000 Personen unter seinem Niveau im Vorjahr liegen. Hierbei spielt auch eine wichtige Rolle, daß die stille Reserve trotz eines leichten Rückgangs relativ hoch bleiben wird. Dies entspricht den Erfahrungen in vergleichbaren Konjunkturphasen in der Vergangenheit.

In den alten Bundesländern wird die registrierte Arbeitslosigkeit schon im laufenden Jahr spürbar sinken. Der Aufschwung setzt sich in wenig verändertem Tempo fort. Die Tariflohnanhebungen werden zwar wieder leichte Reallohnerhöhungen für die Arbeitnehmer bringen. Sie dürften jedoch keinen zusätzlichen Kostendruck verursachen; die Lohnkosten je Produkteinheit werden 1998 nochmals sinken und auch 1999 nur leicht steigen. Im Ergebnis wird sich die Zahl der abhängig Beschäftigten in Westdeutschland 1999 gegenüber 1997 um rund 80 000 Personen vergrößern. Dem dürfte vor allem wegen des sinkenden Arbeitskräftepotentials eine doppelt so große Abnahme der registrierten Arbeitslosigkeit (–160 000 Personen) gegenüberstehen.

In den neuen Bundesländern belasten das gemessen an der Arbeitsproduktivität noch immer stark überhöhte Lohnniveau und strukturelle Probleme den Arbeitsmarkt. Im Verarbeitenden Gewerbe hat es im dritten Quartal 1997 erstmals eine leichte Zunahme der Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahr gegeben (DIW, IfW und IWH 1998). Diese Erholung dürfte auch auf die produktionsnahen Dienstleistungen ausstrahlen. Dem steht allerdings gegenüber, daß im Baugewerbe, im öffentlichen Sektor sowie im Bereich „Handel und Verkehr" tendenziell noch Arbeitskräfte freigesetzt werden, wenn auch insgesamt nicht mehr in so starkem Umfang wie im letzten Jahr. Alles in allem ist zu erwarten, daß die Zahl der abhängig Beschäftigten in diesem Jahr gegenüber 1997 abermals (um gut 100 000) zurückgeht. Erst im kommenden Jahr wird sie ihr Vorjahresniveau zum ersten Mal seit 1995 wieder leicht – um reichlich 30 000 Personen – übersteigen. Die registrierte Arbeitslosigkeit könnte sich demgegenüber wegen des schrumpfenden Arbeitsangebots sowie einer weiterhin wachsenden stillen Reserve viel deutlicher vermindern (–130 000), als es dem sehr moderaten Beschäftigungsgewinn entspricht. Dabei ist unterstellt, daß die Zahl der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf ihrem derzeitigen Stand verharrt.

Zur Höhe der Beschäftigungsschwelle

In der öffentlichen Diskussion wird gegenwärtig der Eindruck erweckt, es gebe eine konstante Beschäftigungsschwelle. Danach steige die Beschäftigung erst dann, wenn die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts einen bestimmten Wert überschreitet. Dabei wird übersehen, daß die Zunahme der Zahl der Beschäftigten auch von der Entwicklung der realen Arbeitskosten abhängt. Um diese Zusammenhänge illustrieren zu können, ist eine Arbeitsnachfragefunktion geschätzt worden (Kasten 1). Hier werden aus Gründen der Vereinfachung nur die langfristigen Elastizitäten betrachtet.

[5] Zur Schätzung der stillen Reserve und des Arbeitskräftepotentials vgl. Boss et al. (1997).

Kasten 1 – Die langfristigen Bestimmungsfaktoren der Arbeitsnachfrage in Westdeutschland

Die langfristige (komparativ-statische) Arbeitsnachfragefunktion habe die Form (Hansen 1993: 245):[a]

[1] $l = \text{const} + (y - \lambda t) - \sigma[(w - p) - \lambda t]$

Darin bezeichnen l den Logarithmus des Arbeitsvolumens, y den der gesamtwirtschaftlichen Produktion, λ die Rate des autonomen technischen Fortschritts, $(w - p)$ den Logarithmus der realen Arbeitskosten[b] und σ die Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage. Ob die Beschäftigung langfristig steigt, hängt in diesem Ansatz zum einen davon ab, ob die Zuwachsrate der Produktion höher ist als die des technischen Fortschritts (bei gegebenen realen Arbeitskosten), zum anderen davon, ob die Zuwachsrate der realen Arbeitskosten (bei gegebenem Outputwachstum) unter der Rate des technischen Fortschritts bleibt. Steigen die realen Arbeitskosten dagegen rascher, sinkt die Beschäftigung c.p. um σ%. Anders formuliert, gibt der Term

[2] $\Delta \ln (w - p) - \lambda$

die Veränderung der Reallohnlücke wieder.
Die Koeffizienten sind mit Hilfe des Verfahrens von Engle und Granger (1987) geschätzt worden. Die Schätzgleichung lautet:

[3] $l_t = \beta_0 + \beta_1 y_t + \beta_2 (w - p)_t + \beta_3 t + u_t$

Daraus resultieren die Koeffizienten der Arbeitsnachfragefunktion durch $\sigma = -\beta_2$ und $\lambda = \beta_3/\sigma - 1$. Die Schätzung mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate ergibt (Standardfehler in Klammern, $S^{(i)}$ bezeichnen Saisondummies):[c]

[4] $l_t = \underset{(0{,}33)}{6{,}00} + \underset{(0{,}06)}{0{,}63}\, y_t - \underset{(0{,}04)}{0{,}45}\, (w - p)_t - \underset{(0{,}0002)}{0{,}002}\, t - 0{,}03\, S_t^{(2)} + 0{,}02\, S_t^{(3)} + 0{,}03\, S_t^{(4)} + v_t$
R^2: 0,90

Daraus errechnet sich eine Rate des technischen Fortschritts (pro Jahr) von 1,6 vH. Die Nullhypothese, nach der die Residuen stationär sind, konnte nicht zurückgewiesen werden (DF: −7,0, ADF(1) = −5,98).[d]
Eine Schätzung unter der Annahme konstanter Skalenerträge führte zu folgenden Koeffizienten:

$l_t - y_t = 3{,}87 - \underset{(0{,}04)}{0{,}49}\, (w - p)_t - \underset{(0{,}0002)}{0{,}004}\, t - 0{,}04\, S_t^{(2)} + 0{,}01\, S_t^{(3)} + \underset{(0{,}03)}{0{,}01}\, S_t^{(4)} + v_t \quad R^2$: 0,99

Die Prüfungen ergaben wiederum, daß von stationären Residuen auszugehen ist (DF: −6,8, ADF(1): − 6,2). Hier beträgt die Rate des technischen Fortschritts 2,9 vH.

---

[a] Die Beziehung läßt sich mit Hilfe des dualen Optimierungsansatzes aus einer CES-Produktionsfunktion ableiten (Hansen 1993: 30 f.). Der Parameter σ kann als Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Kapital aufgefaßt werden. – [b] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je geleisteter Arbeitsstunde deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts des Vorquartals. – [c] Verwendet wurden Quartalsdaten von 1970, 1. Quartal bis 1997, 2. Quartal. – [d] Aus Gründen der Vereinfachung werden eine Reihe ökonometrischer Probleme hier nicht diskutiert (z. B. Integrationsgrad der realen Arbeitskosten oder deren schwache Exogenität).

Tabelle 3 – Beschäftigungsschwelle bei alternativen Reallohnsteigerungen und unterschiedlichem Tempo des technischen Fortschritts[a]

Veränderung der Reallöhne	Rate des technischen Fortschritts	
	1,5[a]	3,0[b]
–2,00	0,5	0,9
–1,00	1,0	1,4
0,00	1,5	1,9
1,00	2,0	2,4
2,00	2,5	2,9
3,00	3,0	3,4
4,00	3,5	3,9
5,00	4,0	4,4

[a] Die Berechnung der langfristigen Beschäftigungsschwelle beruht auf der Annahme konstanter Skalenerträge sowie einer Elastizität der Beschäftigung in bezug auf Reallohnveränderungen von 0,5. – [b] Wie unter a, jedoch mit einer Elastizität in bezug auf die Produktion von 0,63 (vgl. Kasten 1).

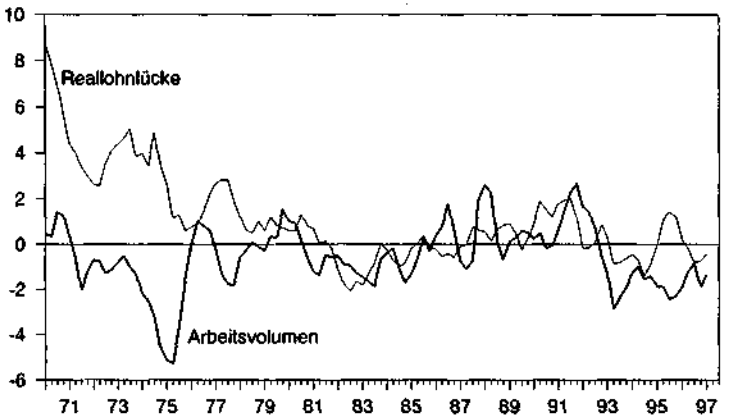
Quelle: Eigene Berechnungen und Schätzungen.

Zunächst zeigt sich, daß die Vorstellung einer Substitution von Arbeit durch Kapital nicht in Widerspruch zu den verfügbaren Daten steht. Insbesondere ist langfristig die Elastizität der Beschäftigung in bezug auf den Reallohn deutlich negativ. Unter der Annahme, daß die realen Arbeitskosten mit der Rate des autonomen technischen Fortschritts zunehmen, also eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik betrieben wird, ist mittelfristig ein Wirtschaftswachstum von 1,6 vH notwendig, damit die Zahl der Arbeitsstunden nicht zurückgeht.[6] Diese Beschäftigungsschwelle läßt sich als Rate des autonomen technischen Fortschritts interpretieren, d.h. jenes technischen Fortschritts, der nicht durch Preisveränderungen zwischen Arbeit und Kapital induziert ist. Stärker steigende reale Arbeitskosten bewirken eine Verringerung der Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums.

Tabelle 3 zeigt die langfristige Beschäftigungsschwelle in Abhängigkeit von der Veränderungsrate der realen Arbeitskosten und der Veränderung des technischen Fortschritts. Unterstellt ist dabei eine Substitutionselastizität von rund 0,5. Diese Parameter sind gesetzt, um die logischen Implikationen des Modells darzustellen. Die Angaben dürfen daher auch nicht zur Prognose der registrierten Arbeitslosigkeit verwendet werden. Zum einen hängt deren Höhe noch von einer Reihe anderer Einflußgrößen ab, beispielsweise von der Arbeitszeit pro Beschäftigten und von der Höhe der stillen Reserve, zum anderen müßten hierzu auch die kurzfristigen Elastizitäten herangezogen werden. Hinzu kommt, daß ein zunehmender Anteil der tatsächlichen Beschäftigung statistisch nicht erfaßt wird (z. B. geringfügig Beschäftigte, sogenannte „620-DM-Jobs" (DIW 1997)).

[6] Unter der Annahme nicht konstanter Skalenerträge (vgl. Kasten 1).

Schaubild 4 – Veränderung der Reallohnlücke und des Arbeitsvolumens in vH in Westdeutschland[a]



[a] Jeweils gleitender Drei-Quartals-Durchschnitt. Veränderung der Reallohnlücke unter der Annahme konstanter Skalenerträge geschätzt (vgl. Kasten 1).

Aus den Berechnungen lassen sich auch Aussagen über die Veränderung der Reallohnlücke ableiten. Dieses Konzept wurde insbesondere in den siebziger und frühen achtziger Jahren zur Erklärung der Arbeitslosigkeit benutzt. Die Reallohnlücke ist definiert als tatsächlicher Reallohn minus vollbeschäftigungskonformer Reallohn. Aus der geschätzten Gleichung ergibt sich, daß der Anstieg der Reallöhne, der über den allein durch technischen Fortschritt bedingten Produktivitätsfortschritt hinausging (Schaubild 4), insbesondere zu Beginn der siebziger Jahre groß gewesen ist. Doch hat das Arbeitsvolumen auch in Perioden kräftig abgenommen, in denen sich die Reallohnlücke nicht spürbar erhöhte, so etwa 1975/76 oder 1994/95. Dadurch wird deutlich, daß die Veränderung des durchschnittlichen gesamtwirtschaflichen Reallohnniveaus nur einen Teil der Arbeitslosigkeit erklären kann. Konjunkturelle Arbeitslosigkeit spielt in manchen Phasen eine wichtige Rolle. Zusätzlich zum Einfluß von Lohnniveau und Konjunktur scheint für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit die Lohnstruktur und die zeitliche Flexibilität des Arbeitseinsatzes von großer Bedeutung zu sein (zur Kritik von Reallohnlücken vgl. z. B. Paqué 1989). Für die Relevanz solcher Hypothesen gibt es deutliche empirische Hinweise: So hat sich das Verhältnis von offenen Stellen zu Arbeitslosen deutlich verschlechtert (Klodt et al. 1997). Ferner weisen Schätzungen (OECD 1997) eine Rate der strukturellen Arbeitslosigkeit für Deutschland von bis zu 10 vH aus. All dies zeigt, daß es vielfältige Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland gibt. Dabei sind die genannten Einflußfaktoren nicht unabhängig voneinander. So erleichtert eine gesamtwirtschaftliche Lohnzurückhaltung die Lohndifferenzierung, da sie Raum schafft für einen stärkeren Anstieg der Effektivlöhne im Vergleich zu den Tariflöhnen.

Das obige Modell darf nicht überinterpretiert werden. Es zeigt lediglich die langfristigen Zusammenhänge auf und beruht auf denkbar einfachen Annahmen.

Gleichwohl lassen sich anhand der Gleichung wichtige Auffassungsunterschiede hinsichtlich der adäquaten Methode Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erläutern. So gibt es die Anforderung an die Lohnpolitik, sie müsse verteilungsneutral in dem Sinne sein, daß sich die Lohnquote nicht verändert. Wenn der technische Fortschritt nicht beeinflußt werden kann oder soll, bleibt bei dieser Sichtweise nur die Möglichkeit, die gesamtwirtschaftliche Produktion beschleunigt auszuweiten; demnach wäre jede Arbeitslosigkeit immer Ausdruck zu geringen Wachstums. Die Aufgabe, die wirtschaftliche Dynamik anzuregen, wird von dieser Denkrichtung häufig der Geldpolitik zugewiesen. Dagegen befürwortet wohl die Mehrzahl der Ökonomen eine andere Rollenverteilung: Da die Geldpolitik als langfristig neutral angesehen wird, kann sie das Bruttoinlandsprodukt nicht dauerhaft erhöhen. Doch kann versucht werden, das Trendwachstum des Bruttoinlandsprodukts durch verbesserte Angebotsbedingungen, z. B. eine Steuerreform oder eine Veränderung des institutionellen Regelwerks auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen (Siebert 1998). Zum anderen können die Tarifvertragsparteien darauf hinwirken, daß die Reallöhne langsamer steigen.

All dies schließt nicht aus, daß die Wirtschaftspolitik verteilungspolitische Ziele verfolgt. Die Lohnpolitik sollte mit ihnen jedoch nicht befrachtet werden. Vielmehr lassen sich diese Ziele durch das Steuer- und Transfersystem anstreben. Es ist zu beachten, daß es sich bei der Verteilung, die für die Veränderung der Beschäftigung maßgeblich ist, um eine funktionale Einkommensverteilung handelt. Unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten ist jedoch die personelle Verteilung wichtig. Den Arbeitnehmern kann auch Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zufließen. So könnten verteilungspolitische Ziele im Rahmen der Tarifpolitik etwa in Form von Gewinnbeteiligungen berücksichtigt werden, um das notwendige Maß an Lohnzurückhaltung auch für die Arbeitnehmer akzeptabel zu machen. Schließlich können die Konsumentenlöhne steigen, ohne daß dies die Produzentenlöhne erhöht, wenn der Staat seine Ansprüche auf das Sozialprodukt einschränkt und die Steuern oder Sozialabgaben senkt.

Summary

Federal Republic of Germany: Upswing without Momentum

Towards the end of 1997 real GDP growth has slowed down. In the fourth quarter total output expanded at a current annualized rate of about 1 percent only. The main reasons were decelerating export growth, a reduction in government consumption and lower investment in construction. After a further deterioration in the course of 1997 the situation in the labor market has improved in the first two months of 1998; seasonally adjusted the number of unemployed declined by about 100,000 persons. Inflation remained low, also due to falling crude oil prices. Consumer prices in January were only 1.3 percent higher than a year ago.

Financial Turbulences in Asia Dampen Export Growth …

Economic growth in the dynamic economies of Southeast Asia has slowed down more strongly than we expected at the end of last year. Accordingly, the prospects

for German exports have deteriorated. We have, therefore, reduced our forecast for export growth in 1998 by about one percentage point. However, the upswing in Germany's main trading partner countries will continue at an almost unchanged pace and the real effective rate of exchange remains stable.

... But Internal Conditions Remain Favorable

Contrary to expectations a few months ago short-term interest rates in Germany are not likely to rise before the end of the year. Next year, the European Central Bank is expected to slightly increase key interest rates. Monetary policy, however, will continue to remain expansionary. Long-term interest rates have declined in connection with the Asia crisis as there has been an inflow of capital. In the course of the year in many Asian countries confidence will be restored; we then expect long-term rates to pick up again somewhat.

Fiscal policy in 1998 and in 1999 will be more or less neutral, contrary to 1997, when it had a strong dampening impact on economic activity. At the beginning of April the VAT rate will be raised by 1 percent point. However, there will be no additional burden for private households since at the beginning of this year the surcharge on the income tax has been reduced and the tax free subsistence level has been raised. Public expenditures which were stagnating last year will again show a slight increase this year as well as next year.

All in all the increase in wages will remain moderate. With the ongoing recovery and the slight improvement in the labor market we expect the rise in hourly wages in 1998 (2.0 percent) and 1999 (2.6 percent) to be only somewhat higher than last year (1.4 percent).

Outlook: Upswing Continues at a Moderate Pace

To sum up, the upswing in Germany is likely to continue. Real GDP in 1998 as well as in 1999 will expand at a pace close to the annual growth rate of potential output (2.3 percent). The somewhat higher growth rate of real GDP this year (2.6 percent) reflects the statistical overhang at the end of 1997. Output growth in East Germany will be lower than in West Germany this year as well as next year since the slump in the construction industry is more pronounced. All in all, the upswing will get more balanced as lower export growth will be compensated by an improvement in domestic demand. Especially private consumption will contribute to the faster growth of internal demand. With respect to employment, in 1998 an increase can only be expected for West Germany, East Germany will see a further decline. In 1999 the improvement will be more equally split. The marked reduction in unemployment which we forecast for next year does not only reflect an increase in the number of new jobs but also a pronounced decline in the labor supply. Inflation will remain low this year and slightly pick up next year. The main reason for the somewhat higher inflation rate in 1999 (2.1 percent instead of 1.6 percent in 1998) is that the dampening impact of decline raw material prices will run out.

Literaturverzeichnis

Bartholmai, B. (1997). Wohnungsbau 1997: Weiter schrumpfender Neubau, aber Zunahme bestandsorientierter Baumaßnahmen. *DIW-Wochenbericht* 64 (6): 110–117.

Boss, A., J. Döpke, E. Langfeldt, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (1997). Aufschwung in Deutschland ohne Dynamik. *Die Weltwirtschaft* (4): 369–395.

Deutsche Bundesbank (1998). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. Statistisches Beiheft zum Monatsbericht* 4. Frankfurt am Main.

DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (1997). Erwerbsstatistik unterschätzt Beschäftigung um 2 Millionen Personen. *DIW-Wochenbericht* 64 (38): 689–694.

DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1998). Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Siebzehnter Bericht. Kieler Diskussionsbeiträge 310/311. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Döpke, J. (1996). Zu den konjunkturellen Bestimmungsgründen von Wohnungsbauinvestitionen. *Die Weltwirtschaft* (3): 300–317.

Döpke, J., K.-J. Gern, E. Langfeldt, J. Scheide und M. Schlie (1998). Quo vadis Euroland? *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.

Engle, R. F., C. W. J. Granger (1987). Cointegration and Error Correction. Representation, Estimation, Testing. *Econometrica*: 251–276.

Gern, K.-J., J. Gottschalk, J. Scheide, M. Schlie und H. Strauß (1998). Leicht gedämpfter Aufschwung in der Weltwirtschaft. *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.

Hansen, G. (1993). *Quantitative Wirtschaftsforschung*. München.

Klodt, H., R. Maurer und A. Schimmelpfennig (1997). *Tertiarisierung in der deutschen Wirtschaft*. Kieler Studien 283. Tübingen.

OECD (1997). *Implementing the OECD Jobs Strategy – Lessons from Member Countries Experience*. Paris.

Paqué, K. H. (1989). Wage Gaps, Hysteresis and Structural Unemployment: The West German Labour Market in the Seventies and Eighties. Kieler Arbeitspapiere 358. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Siebert, H. (1998). *Strategien für mehr Beschäftigung*. In Vorbereitung.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1998a). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.

– (1998b). *Fachserie 7: Außenhandel, Reihe 1: Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel*. Stuttgart.

WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut) (1998). *Tarifarchiv*. Januar, Düsseldorf.